

Sonntagsblick

Grosse Lücken bei der frühen Förderung

Angebote für Kinder im Vorschulalter sind heiss begehrt. Den meisten Gemeinden fehlt dafür aber das Geld.

Möriken-Wildegg AG ist ein Familienparadies: Die knapp 4000 Einwohner starke Gemeinde bietet Eltern neben einem Muki-Treff und drei Kindertagesstätten mehrere Spielgruppen an, darunter zwei Waldspielgruppen. Kein Wunder, wurde das Dorf im letzten Herbst von der Unicef als kinderfreundliche Gemeinde ausgezeichnet. Ein so vielfältiges Angebot gibt es nicht überall. **Wie eine Studie des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Gemeindeverband zeigt**, ist eher das Gegenteil der Fall: Anders als grosse Städte verfügen viele kleine und mittlere Kommunen nicht einmal über Ansätze einer Infrastruktur für die kleinsten Bewohner, den meisten fehlt es sogar an einem Konzept dafür: Bloss 74 Gemeinden gaben an, über eine Strategie zur Frühförderung zu verfügen, 82 arbeiten daran – bei 541 Gemeinden aber herrscht auf diesem Gebiet völlige Fehlanzeige. (...) **Claudia Hametner (38) vom Schweizer Gemeindeverband ist Mitherausgeberin der Studie. Sie weist darauf hin, dass sich die positiven Folgen der frühen Förderung erst im Lauf der Jahre auswirken. «Deshalb tun sich einige Gemeinden schwer damit.» Tatsächlich fehle es vor allem im ländlichen Raum und in Agglomerationen an lokaler Infrastruktur – «vor allem im Bereich der Tagesschulen». Hametner kritisiert, dass der Bund zwar eine Anschubfinanzierung von 100 Millionen Franken vorsehe, sie aber auf drei Jahre begrenze. «Dass Gemeinden den Betrieb danach selber bezahlen müssen, dürfte finanzschwächere Gemeinden wenig motivieren», folgert Hametner.**

«Sonntagsblick» vom 25. März 2018

Sonntagsblick

Kürzen bei den Kleinsten

Gemeinden sparen und senken die Steuern. Gleichzeitig steigen die Sozialkosten rasant an. Als Reaktion verringern die Kommunen ihre Ausgaben zuungunsten ihrer kleinsten Mitbürger – der Kinder. (...) Jüngster Beleg dafür, dass viele Gemeinden ihre Badeanstalten schliessen, ist das Hallenbad in Dornach SO. Die Gemeinde will es dichtmachen; die Kosten seien zu hoch. 200'000 Franken Auf-

wendungen für den Unterhalt könnten jährlich eingespart werden. Doch jetzt wehren sich die Bürger, im Juni werden sie an der Urne darüber abstimmen. Dornach ist kein Einzelfall. In vielen Schweizer Kantonen und Gemeinden ist ein vergleichbarer Leistungsabbau zu beobachten – auffallend häufig wird bei Angeboten gespart, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Nur ein paar Beispiele aus den letzten drei Wochen: Die Neuenburger Regierung will die Musikschule schliessen. Zudem sollen die Klassen in der Volksschule vergrössert werden. Ähnliches plant der Kanton Zug, während der Luzerner Stadtrat die täglichen Bewegungsstunden für die Kinder streicht. In den Sekundarschulen des Nachbarorts Emmen LU gibt es für kranke Lehrer, die nicht länger als eine Woche ausfallen, keinen Ersatz. In Ostermundigen BE streicht das Parlament Freifächer und schafft die Aufgabenhilfe ab. Den Sparmassnahmen in Winterthur ZH fielen die sogenannten Schulweghelfer zum Opfer. Auch auf Bundesebene regiert der Rotstift: In diesem Jahr traten Kürzungen von Finanzhilfen für Familienorganisationen, Kinderschutz und Kinderrechte in Kraft – sie bekommen ein Drittel weniger Geld. **Claudia Hametner (38), Vizedirektorin des Schweizerischen Gemeindeverbandes, kann die Frage beantworten, warum überhaupt Leistungen abgebaut werden: «Gemeinden sind immer stärker durch Faktoren belastet, die sie nicht beeinflussen können.» Kostentreiber seien etwa Altenpflege, Ergänzungsleistungen für Rentner und Invalide sowie Sozialhilfe. In den letzten Jahren seien die Gemeinden zu Hauptträgern solcher staatlichen Aufgaben geworden und müssten die Kostensteigerung im Sozialbereich auffangen. Hametner nennt aber noch weitere Gründe, warum die Gemeinden den Rotstift ansetzen: «Die kantonalen Sparprogramme und der zunehmende Steuerwettbewerb.» Dornach beispielsweise, wo das Hallenbad abgerissen werden soll, hat an der letzten Gemeindeversammlung die Steuern gesenkt.**

«Sonntagsblick» vom 25. März 2018

Zentralschweiz am Sonntag

Gemeinden befürchten Kostenverlagerung

Die nationalrätliche Sozialkommission will Auslandschweizern und Flüchtlingen den Zugang zu Ergänzungsleistungen erschweren. Dagegen wehren sich jetzt der Städte- und der Gemeindeverband.

Anrecht auf Ergänzungsleistungen (EL) sollen nur Personen haben, die vor ihrem Antrag mindestens während zehn Jahren ohne Unterbruch in der Schweiz gewohnt haben: Dies beschloss neulich die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Mit der Massnahme, die sich gegen die Einwanderung ins schweizerische Sozialsystem richtet, würde man bei den EL jährlich rund 60 Millionen Franken Kosten sparen. Am kommenden Mittwoch berät der Nationalrat die EL-Reform, die zahlreiche Neuerungen vorsieht, unter anderem eine tiefere Vermögensgrenze und strengere Regeln beim Bezug von Kapital aus der zweiten Säule. EL erhalten Personen, deren AHV- oder IV-Rente nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Der Bundesrat geht davon aus, dass der Vorschlag der SGK bei Kantonen und Gemeinden Mehrkosten bei der Sozialhilfe verursachen würde. Anders als bei den EL beteiligt sich der Bund nämlich nicht an den Ausgaben für die Fürsorge. **Das ruft jetzt den Schweizerischen Gemeinde- und den Schweizerischen Städteverband auf den Plan. In einem gemeinsamen Brief an alle Mitglieder des Nationalrats fordern sie diese auf, den SGK-Vorschlag zu versenken. «Die Karenzfrist von zehn Jahren führt zu einer Kostenverlagerung in die Sozialhilfe, die mehrheitlich oder ganz von den Gemeinden finanziert wird», sagt Claudia Hametner, stellvertretende Direktorin des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Man müsse bei Reformen immer das Gesamtsystem der sozialen Sicherheit im Auge behalten.**

Kurt Fluri, Präsident des Städteverbandes und Solothurner FDP-Nationalrat, ergänzt, er lehne eine Regelung ab, die schematisch die Auslandschweizer treffe. (...) Ruth Humbel stellte in der SGK erfolgreich den Antrag für eine Karenzfrist. Die Aargauer CVP-Nationalrätin verteidigt ihren Vorschlag: «Er hätte eine generalpräventive Wirkung, sodass nicht einfach Personen kurz vor ihrer Pensionierung in die Schweiz kommen mit der Absicht, hier vom guten Sozialversicherungsnetz zu profitieren, insbesondere von EL bei tiefen Renten.» Grundsätzlich teile sie die Auffassung der Gemeinden, dass man das Gesamtsystem im Auge behalten müsse. «Genau das machen wir aber», sagt Humbel.

Denn unter dem Strich werde diese Massnahme zu Kosteneinsparungen führen. Es sei unvermeidbar, dass einzelne Personen in die Sozialhilfe fallen könnten. «Sozialhilfe ist indes weniger

attraktiv als EL und wird daher auch weniger kosten als EL», so die CVP-Politikerin. *«Zentralschweiz am Sonntag» vom 11. März 2018*

Tages-Anzeiger

Wenn der Gemeinderat im Dorflädli einkaufen muss

Viele Gemeinden versuchen ihren Dorfläden mit teils skurrilen Mitteln am Leben zu erhalten.

Landauf, landab grassiert das Lädelerben. (...) Dabei trifft der Strukturwandel ein Dorf viel stärker als Städte, die vor allem unter der Verdrängung des angestammten Gewerbes durch internationale Ladenketten leiden. Denn geht der Dorfladen zu, dann droht früher oder später auch das Dorfleben zu sterben. Deshalb versuchen die Gemeinden sich mit mehr oder weniger originellen Mitteln dagegen zu wehren. Einen schweizweit neuen Weg gehen einige Gemeinden im Berner Jura. Der Generalrat (Einwohnerrat) des 4500 Einwohner zählenden Tramelan hat Ende Februar einstimmig eine spezielle Motion angenommen. Danach werden alle Generalräte, die in einem Ausschuss sitzen, künftig einen Teil ihrer Sitzungsgelder in Form von Einkaufsgutscheinen ausbezahlt bekommen. Diese sind nur in Tramelan gültig. «Damit sollen auch die Politiker das einheimische Gewerbe unterstützen», sagte Mathieu Chagnat, Motionär und Präsident der Grünen im Berner Jura, in der TV-Sendung «Schweiz aktuell». (...) Auf den Geschmack ist auch die SVP im luzernischen Greppen gekommen. (...) Greppen hat beschlossen, sich mit 265 000 Franken zu drei Vierteln am Aktienkapital seines Prima-Ladens zu beteiligen. Im Unterschied zu den Gemeinden im Berner Jura fliessen hier also Steuergelder. Zwar sehe es die SVP grundsätzlich kritisch, wenn der Staat privatwirtschaftliche Aufgaben übernehme, sagt Guido Heinzer, Präsident der SVP Greppen. Man anerkenne jedoch, dass Dorfläden einen gewissen Service public erfüllten. Aber: «Wenn sich der Gemeinderat die Rettung des Dorfladens auf seine Fahne schreibt, dann soll er auch mit gutem Beispiel vorangehen und dort einkaufen.» (...) «Jeder Gemeinderat sollte als Lohnbestandteil 10 Prozent des tiefsten Lohnes eines Grepener Gemeinderates als Dorfläden-Gutscheine erhalten», so Heinzer. Da das tiefste Pensum im Gemeinderat 15 Prozent beträgt, müsste jedes Exekutivmitglied wohl für deutlich mehr als

1000 Franken jährlich im Prima-Laden einkaufen. Wie viele Dorfläden in der Schweiz subventioniert werden, ist nicht bekannt. Die Volg Konsumwaren AG, die auch die Prima-Läden beliefert, bestätigt nur, dass es Läden gebe, die von Gemeinden oder Dorfläden-Genossenschaften (...) unterstützt würden. **Der Schweizerische Gemeindeverband wiederum verweist auf seinen Leitfaden zur Revitalisierung von Ortskernen, wo der Detailhandel und das Gewerbe als wichtigste Träger der Zentrumsattraktivität identifiziert werden. «Klug finden wir insbesondere die in Deutschland verbreitete Idee, Servicecenter aufzubauen, in denen Läden, Post, Bancomat und Kitas zusammenkommen», sagt Verbandsdirektor Reto Lindegger. Dadurch müssten die Dorfläden auch nicht zwingend subventioniert sein. (...) In Stüsslingen im Kanton Solothurn versucht eine Eigentümerin auf Anraten des Gemeinderates mittels einer Crowdfunding-Aktion ihren Lebensmittelladen zu retten. Einen Schritt weiter geht eine Aargauer Gemeinde: Damit der Dorfladen genügend Kunden hat, subventioniert Brunegg als Standortförderung einen Bancomaten mit jährlich 15 000 Franken – «ohne Subventionierung würde keine Bank einen Geldautomaten bei uns aufstellen», so die Gemeindepräsidentin.** *«Tages-Anzeiger» vom 13. März 2018*

Thuner Tagblatt

Sind die Gemeinden bereit für die Digitalisierung?

Sind die Gemeinden bereit für die Digitalisierung? Das wollten die Veranstalter am Politforum in Thun herausfinden. Eine schlüssige Antwort blieben sie schuldig. Einig sind sich jedoch alle: Die Herausforderungen sind enorm. Komiker Bänz Friedli war vielleicht der wichtigste Mann am 13. Politforum, das am Freitag und Samstag im Schadausaal des KKThun über die Bühne ging. An ihm war es, dafür zu sorgen, dass den 420 Besuchern, vornehmlich aus der Gemeindepolitik, aber auch aus dem Kanton und der Verwaltung, das Lachen nicht verging. In 14 Referaten oder Podiumsdiskussionen wurde ihnen vor Augen geführt, dass es in Sachen Digitalisierung der Gemeinden oder der öffentlichen Hand allgemein eigentlich gar nicht viel zu lachen gibt. Auch der Wirtschafts- und Bildungsminister, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, lobte, die Schweiz sei gut unterwegs, doch hob nicht nur er den

Mahnfinger mit den Worten: «Wir müssen aufpassen, nicht den Anschluss zu verlieren.» Eine Aussage, die Caroline Brüesch, Leiterin des Instituts für Verwaltungsmanagement an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, unterstrich. Sie nannte Dänemark, wo jeder Bürger vom Staat eine E-Mail-Adresse erhält, über die die Verwaltung mit der Bevölkerung kommuniziert, als Beispiel. **«Wenn wir das Thema nicht angehen, tun es andere», sagte sie, worauf Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands, konterte: «Wir müssen nicht überall First Mover sein. Es reicht, wenn wir Follower sind.» Das Risiko, zu scheitern, sei zu gross, wenn man überall vorpreschen wolle.**

«Thuner Tagblatt» vom 12. März 2018

Luzerner Zeitung

Sozialhilfekosten mit Integration senken

Am Mittwoch fand die Veranstaltung «Dialog Asyl- und Flüchtlingspolitik» statt. Im Zentrum stand die Frage, wie die steigenden Sozialhilfekosten für Flüchtlinge gesenkt werden können. Rund 65 Vertreterinnen und Vertreter des Kantons und der Gemeinden diskutierten im Kantonsratssaal über mögliche Lösungen. (...) Regierungspräsident Guido Graf sagte, eine wichtige Rolle komme den Gemeinden zu. Sie seien vor Ort bestens mit dem Gewerbe vernetzt und könnten als Türöffner wirken. «Klopfen Sie beim Gewerbe an und ermuntern sie, ja fordern sie dieses sogar auf, eine Anstellung von Flüchtlingen in Betracht zu ziehen», lautete Graf's Botschaft an die Gemeinden. **Auch Reto Lindegger, Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbands, appellierte in seinem Referat an die Gemeinden, sich nicht erst nach zehn Jahren in der beruflichen Integration zu engagieren. «Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es sich für die Gemeinden lohnt, früh die Initiative zu ergreifen und den Kanton in seinen Bemühungen zur beruflichen Integration zu unterstützen.» Seine Aussagen unterstrich Lindegger mit besonders erfolgreichen Projekten aus den Gemeinden, bei denen die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gesucht wurde. Sein Fazit: «Letztlich spielt es keine Rolle, wer wann zuständig ist. Am Schluss zählt für alle Beteiligten, wie viele Personen sich aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich von der Sozialhilfe ablösen konnten.»**

«Luzerner Zeitung» vom 7. März 2018